



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 162'894
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 5
Fläche: 31'712 mm²

Bankgeheimnis bringt Bürgerliche ins Dilemma

Die Chefs von FDP und CVP unterstützen Thomas Matters Initiative zum Schutz des Bankgeheimnisses. Doch das Anliegen ist selbst für viele Bürgerliche überholt.

Claudia Blumer

Manchmal verhält sich die Redezeit der Parlamentarier umgekehrt proportional zur Wichtigkeit des Geschäfts. Diesen Eindruck erhielt man gestern Morgen im Nationalrat, als die Volksinitiative «Schutz der Privatsphäre» des SVP-Nationalrats Thomas Matter und der von der nationalrätlichen Wirtschaftskommission eingebrachte Gegenvorschlag zur Debatte standen. Es hatten sich so viele Redner angemeldet, dass die von den Parlamentsdiensten einberechnete Zeit nirgendwohin reichte. Der Entscheid wurde vertragen.

Dabei ist klar: Das Parlament wird die Volksinitiative ablehnen. Die meisten Parteien, Wirtschaftsverbände und die Finanzbranche sind dagegen, weil die Initiative ihrer Ansicht nach das Bankgeheimnis nicht nur zementieren, sondern dergestalt erweitern würde, dass es den Bemühungen um einen sauberen Finanzplatz zuwiderliefe. Der Gegenvorschlag würde hingegen bloss das heute im Gesetz geregelte Bankgeheimnis auf Verfassungsstufe heben.

Die lange Debatte zeigte denn vor allem eines: Viele Parlamentarier, insbesondere aus FDP und CVP, tun sich schwer mit der Situation. Seit Einreichen der Initiative vor vier Jahren haben sich die Umstände so stark verändert, dass das Vorhaben aus der Zeit gefallen scheint. Damals hatte es Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) als Erste ausgesprochen: Man müsse angesichts des wachsenden internationalen Drucks neue Formen der Steuerkooperation prüfen. Sie meinte den automatischen Informationsaustausch (AIA) und löste damit im bürgerlichen Lager Enttäuschung aus. Die Initiative des Bankers Matter war eine Reaktion darauf.

Inzwischen hat sich vieles geändert.

Die Schweiz ist dem OECD-Übereinkommen zum AIA beigetreten, später hat sie sich mit der EU auf ein Steuerabkommen geeinigt. Demnächst tauscht die Schweiz mit dem Ausland Informationen über den grenzüberschreitenden Geldverkehr aus. Das Vorgehen ist mittlerweile breit akzeptiert, und ein gegenüber heute verschärftes Bankgeheimnis will erst recht kaum jemand mehr in der Verfassung. Doch FDP und CVP haben ein Problem: Ihre Präsidenten Petra Güssi und Gerhard Pfister sitzen im Komitee von Matters Initiative. Sie sind dem Gremium in grauer Vorzeit beigetreten, ein Austritt ist nicht möglich.

Sie wollen das Gesicht wahren

Wie weiter also? Die Wirtschaftskommission des Nationalrats suchte einen Weg aus dem Dilemma, indem sie einen Gegenvorschlag der CVP-Parlamentarier Erich Ettl und Leo Müller zur Annahme empfahl. Der Vorschlag sollte den Mitteparteien erlauben, ihre Präsidenten nicht zu desavouieren und gleichzeitig ein Zeichen zu setzen für das Bankgeheimnis im Inland. Die Mehrheit von CVP und FDP unterstützt das.

Doch es gibt prominente Abweichler.

Zu ihnen gehört Ruedi Noser. Der FDP-Ständerat sieht nicht ein, weshalb die Verfassung ohne Not mit geltendem Recht ergänzt werden sollte. «Es wäre ein Novum, dass das Parlament vorschlägt, geltendes Recht in die Verfassung zu schreiben.» Sein Parteikollege Beat Walti befürwortet den Gegenvorschlag. Er spricht aber von einem Loyalitätskonflikt, in dem sich auch andere Freisinnige befinden dürften: Aus partei- und sachpolitischen Gründen wollen sie den Gegenvorschlag nicht einfach brüsk ablehnen. Und doch ist die Begeisterung für diesen klein. Es gehe nun um «Schadensbegrenzung». Initiator Matter wäre bei einem Gegenvorschlag allenfalls zum Rückzug bereit.

Dann gibt es noch einen weiteren Faktor: CVP-Nationalrätin Kathy Riklin spricht von «Nostalgie», welche die Mehrheit ihrer Kollegen dazu bewege, dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Man

wolle nicht einsehen, dass das ursprüngliche Bankgeheimnis passé sei. «Ich bewege mich oft im internationalen Umfeld», sagt Riklin. Ihre Ratskollegen seien dagegen «eher binnenorientiert» und würden das Ganze nicht aus übergeordneter Perspektive betrachten.

Auch CVP-Ständerat Peter Hegglin lehnt den Gegenvorschlag ab. Die finanzielle Privatsphäre sei mit dem gesetzlichen Bank- und Steuergeheimnis genügend geschützt und müsse nicht in die Verfassung geschrieben werden, sagt Hegglin: Es gehe auch um Vertrauen in den Staat und umgekehrt. «Ich habe gegenüber dem Staat nicht ein ganz so kritisches Verhältnis wie diejenigen, welche die Initiative eingereicht haben.»